

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Neue Telephon-Nummern: B 40 520, Klappe 1121, 1122, 1125

Dienstag, 2. August 1955

Blatt 1418

Sommerkonzerte im Herderpark, Steinbauerpark und Kongreßpark =====

2. August (RK) Donnerstag, den 4. August, finden jeweils um 17.30 Uhr, im 11., 12. und 16. Bezirk Sommerkonzerte statt. Im Herderpark konzertiert die Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe, im Steinbauerpark die Musikkapelle der Wiener E-Werke und im Kongreßpark die Polizeimusik Wien.

Der Zutritt zu diesen Veranstaltungen ist frei.

- - -

Rundfahrt "Neues Wien" =====

2. August (RK) Donnerstag, den 4. August, Route I mit Besichtigung der Siedlung und Schule Wienerfeld-Ost sowie der Per Albin-Hansson-Siedlung mit Kindergarten und Volksheim der Wiener Volksbildung.

Abfahrt vom Neuen Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 14 Uhr.

- - -

Entfallende Sprechstunden =====

2. August (RK) Im August entfallen im Wohlfahrtsamt und im Rathaus die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das städtische Wohlfahrtswesen, Vizebürgermeister Honay.

- - -

75. Geburtstag von Alfred Mell
=====

2. August (RK) Heute vollendet der ehemalige Direktor des österreichischen Heeresmuseums General-Kustos Hofrat Dr. Alfred Mell sein 75. Lebensjahr.

Als Sohn des österreichischen Blindenpädagogen Alexander Mell in Graz geboren, studierte er an der Wiener Universität Rechtswissenschaft, besuchte aber auch historische Vorlesungen und machte die Abschlußprüfung des Institutes für österreichische Geschichtsforschung. Seit 1903 war er Mitarbeiter der Urbar-Kommission der Akademie der Wissenschaften und des Heeresmuseums, wo er die Stelle eines Konservators erhielt. 1920 wurde er zum Leiter der Bibliothek des österreichischen Kriegsarchivs, 1934 zum Direktor des österreichischen Heeresmuseums im Arsenal berufen. Er behielt sein Amt bis zu seinem 1950 erfolgten Übertritt in den Ruhestand und konnte noch die Vorarbeiten für die Neuaufstellung des Museums durchführen. Hofrat Dr. Mell war auf dem Gebiet der historischen Wissenschaft, vor allem als Herausgeber von Archivmaterial, tätig und hat sein Spezialfach, die Kriegswissenschaften, in einer Reihe von Aufsätzen behandelt. Als Helfer seines Vaters hat er sich auch Verdienste um die Einrichtung des österreichischen Blindenmuseums erworben, das zu den bedeutendsten Sammlungen dieser Art zählte.

- - -

Ablenkung von Autobuslinien
=====

2. August (RK) Nach Beendigung der Bauarbeiten auf der stadtauswärts führenden Fahrbahn der Kärntner-Kreuzung und wegen der beginnenden Bauarbeiten an der Opernkreuzung werden ab Mittwoch, den 3. August, die Autobusse der Linien 4, 6 und 7 und der nur in den Nächten von Samstag auf Sonntag geführten Nachtlinien A und D und der Sonderverkehrslinien zum Gänsehäufel und zur Freudenu folgendermaßen abgelenkt:

Autobuslinie 4 in der Fahrtrichtung vom Westbahnhof zum Praterstern ab Babenbergerstraße über Elisabethstraße - Operngasse -

Friedrichstraße - Karlsplatz - Akademiestraße - Bösendorferstraße
- Dumbastraße - Kärntner-Ring - Akademiestraße - Walfischgasse
zur Kärntner Straße.

In der Fahrtrichtung vom Praterstern zum Westbahnhof ab
Kärntner Straße über Friedrichstraße - Nibelungengasse zur Baben-
bergerstraße.

Autobuslinie 6 in der Fahrtrichtung nach Gersthof ab Opern-
gasse im Zuge der Lothringerstraße zum Karlsplatz - Akademiestraße
- Bösendorferstraße - Dumbastraße - Kärntner-Ring - Akademiestraße
- Walfischgasse - Kärntner Straße - Führichgasse zur Augustiner-
straße.

In der Fahrtrichtung zum Siebenbrunnenplatz ab Albertinaplatz
über Philharmonikerstraße - Kärntner Straße zur Operngasse.

Autobuslinie 7 in der Fahrtrichtung zum Südtiroler Platz die
normale Fahrstrecke.

In der Fahrtrichtung zum Franz Josefs-Bahnhof ab Karlsplatz
- Akademiestraße - Bösendorferstraße - Dumbastraße - Kärntner-
Ring - Akademiestraße - Walfischgasse - Kärntner Straße.

Die Autobus-Nachtlinien A und D werden wie die Autobus-Tag-
linien 4 und 7 geführt.

Die Sonderverkehrslinien: In der Fahrtrichtung zum Karlsplatz
wird die normale Fahrstrecke durchgehend über die Kärntner Straße
gefahren, in der Fahrtrichtung zum Gänsehäufel, bzw. Freudenu
ist die Ablenkung wie bei der Autobus-Taglinie 7.

Die neuerrichteten Haltestellen auf den Ablenkungsstrecken
sind durch Ständer gekennzeichnet.

- - -

Personalnachrichten

=====

2. August (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute Amtsrat Franz
Aigner zum Oberamtsrat ernannt.

- - -

Wiener Landesregierung genehmigt 67 Millionen Wohnbaudarlehen
=====

2. August (RK) Wie bereits berichtet, hat der Wohnbauförderungsbeirat der Stadt Wien in seiner ersten Geschäftssitzung am 25. Juli eine größere Anzahl von Bauvorhaben zur Förderung durch Darlehen empfohlen. Der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen Resch legte heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung eine Liste mit 55 erledigungsreifen Bauvorhaben vor, deren Baukosten insgesamt 80 Millionen Schilling betragen. Hiefür sollen aus Mitteln der Wohnbauförderung Darlehen von zusammen 67,334.000 Schilling gewährt werden. Damit können 625 Wohnungen gebaut werden, darunter 48 Eigenheime. Die Mitglieder der Wiener Landesregierung haben diesen Antrag des Finanzreferenten einstimmig angenommen.

Die übrigen vom Wohnbauförderungsbeirat empfohlenen Fälle werden nach Einlangen der ausstehenden Ergänzungen der Wiener Landesregierung vorgelegt werden.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 2. August
=====

2. August (RK) Neuzufuhren Inland: 4989, Ungarn 1285, zusammen 6274. Alles verkauft.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 14.- S, 2. Qualität 13.80 bis 14.- S, 3. Qualität 13.60 bis 13.70 S, Zuchten 12.50 bis 13.50 S, Altschneider 11.60 bis 12.30 S; ungarische Schweine 13.40 bis 14.- S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierten Extremware und 1. Qualität behauptet, 2. Qualität verteuerte sich bis zu 40 Groschen, 3. Qualität bis zu 60 Groschen.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

2. August (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die auf Verlangen der ÖVP einberufen wurde. Der Vorsitzende teilte mit, daß die VO einen Antrag, betreffend Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Juli zu Post 72, welche die Erhöhung der Straßenbahntarife zum Gegenstand hatte, eingebracht hat. Die dringliche Behandlung des Antrages wird verlangt. Ferner liegt ein Antrag der ÖVP betreffend die Tarifregulierung bei den Städtischen Unternehmungen vor, für den gleichfalls die dringliche Behandlung verlangt wird. Ein weiterer Antrag der ÖVP betrifft die Überprüfung der Berechtigung erhöhter Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe durch ein neutrales Forum von Fachleuten. Die Verlesung des Antrages wird verlangt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Debatte angenommen, sodaß Bürgermeister Jonas sogleich in die Behandlung des dringlichen Antrages der ÖVP einging.

Schriftführer GR. Dr. Fiedler (ÖVP) verlas den Antrag in dem es heißt, daß die Tarifregulierung der Städtischen Unternehmungen auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Gemeinderates gesetzt und einer eingehenden sachlichen Beratung unterzogen werden solle. In der schriftlichen Begründung heißt es unter anderem, daß die Debatte zu diesen Tagesordnungspunkten der Sitzung am 22. Juli vom Vorsitzenden Bürgermeister Jonas mit Gewalt abgewürgt wurde, sodaß den Gemeinderäten das Recht der eingehenden Stellungnahme zu diesen Problemen genommen wurde. Die Abstimmung über die Tariferhöhungen wurde in einer derart erregten und turbulenten Atmosphäre abzuführen versucht, daß die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates weder wußten, welcher Antrag zur Abstimmung kommen sollte, noch eine Möglichkeit hatten, ihre Willensmeinung klar zum Ausdruck zu bringen.

Darüber hinaus sind die Antragsteller der Meinung, daß der derzeitige Gemeinderat keine Vollmacht hat, derartige Anträge, die sachlich unbegründet sind, vor allem aber auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes schwerstens gefährden, zu beschließen. Dies umso mehr, als auch die Mehrheitspartei dieses Hauses der Wiener Bevölkerung feierlich versprochen hat, keinerlei Erhöhungen der Tarife der Städtischen Verkehrsbetriebe zu beschließen.

Zur Begründung des Antrages erteilt der Vorsitzende Vizebürgermeister Weinberger das Wort, wobei er bemerkt, daß die Redezeit mit fünf Minuten beschränkt ist.

Vizebürgermeister Weinberger erklärte in der Begründung die Absicht, die Straßenbahntarife zu erhöhen, war und ist nicht nur ein schwerer Anschlag auf die Lebenshaltung der kleinen und schwachen Mitbürger, sie war und bleibt auch eine schwere Gefährdung der Stabilität. Kein geringerer als Bundeskanzler Ing. Raab hat dies in klaren Worten ausgesprochen und die Arbeiterkammer hat sich dieser Argumentation und Warnung zweimal angeschlossen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat es allerdings unterlassen, seine Pflicht als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu erfüllen. Die bisherige Behandlung dieser Probleme war mehr als bedauerlich. Sie war ein Hohn auf den Geist der Koalition und ein Putsch gegen die Demokratie. Die SPÖ hat ganz genau gewußt, daß die ÖVP zumindest in Vertretung von 360.000 Wiener Wählern und als Teil der durch die Koalition vertretenen Wiener Stadtverwaltung nicht nur vor sondern auch nach den Wahlen gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife war. Die SPÖ hat gewußt, daß die ÖVP diese Erhöhung aus sehr sachlichen Gründen ablehnt. Stadtrat Dkfm. Nathschläger hat genau nachgewiesen, daß Tariferhöhungen bei den Straßenbahnen unbegründet und gefährlich sind. Die ÖVP wollte bei der letzten Gemeinderatssitzung abermals nachweisen, daß der Antrag auf Tariferhöhung unsozial ist. Sie wollte das Ersuchen stellen, die ganze Frage wenigstens noch einmal genau zu überprüfen und ein objektives Forum zu einem Gutachten einzuladen. Die SPÖ hielt es aber für richtig, das bedeutsamste **Recht jedes** Volksvertreters, nämlich seine Meinung frei zu äußern, durch Geschäftsordnungskniffe abzuwürgen.

Vizebürgermeister Weinberger stellte neuerlich fest, daß Bürgermeister Jonas durch den Schriftführer Dr. Fiedler die Wortmeldung der Gemeinderätin Dr. Stürzer rechtzeitig schriftlich und mündlich bekanntgegeben worden ist. Er stellte weiter fest, daß zu diesem Zeitpunkt die Debatte noch nicht geschlossen war, ferner daß der vom Vorsitzenden deklarierte Schluß der Debatte irregulär, die nachher versuchte Abstimmung vollends rechtsungültig und daher auch rechtsunwirksam gewesen ist. Nach der Geschäftsordnung ist "eine Abstimmung so vorzunehmen, daß die wahre Meinung der Mehrheit des Gemeinderates zum Ausdruck kommt." Bei dem, was die SPÖ Abstimmung nennt, hat es eine Feststellung einer solchen Meinung nicht gegeben. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung wurde überhaupt nicht behandelt. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung wurden einfach ignoriert. Es ist also klar, daß kein rechtswirksamer Beschluß zustandekam und daß daher kein Wiener gezwungen ist, irgend einen erhöhten Tarif zu bezahlen.

Wir haben den Antrag als dringlich erklärt, und ersuchen Sie, die Dringlichkeit zu bestätigen. Wenn Sie nicht haben wollen, daß die Bevölkerung von Wien das Vertrauen in ihre oberste Vertretung verliert, wenn Sie nicht haben wollen, daß die mühsam errungene Stabilität schwer gefährdet und die bestehende Sicherheit durch Unsicherheit gefährdet wird, dann müssen Sie unseren Antrag auf Dringlichkeit zustimmen. Die ÖVP hat schon während der letzten Sitzung des Gemeinderates deutlich gesagt, daß das ganze Problem vom derzeitigen Gemeinderat, dessen sämtliche Parteien das Versprechen gaben, daß keine Tariferhöhungen erfolgen, überhaupt nicht gelöst werden kann und daher den Antrag auf Auflösung des Gemeinderates und sofortige Ausschreibung von Neuwahlen unterbreitet. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Damit ist die Debatte keineswegs geschlossen. Sie geht weiter. Hier, in der Öffentlichkeit, überall, und wir bleiben dabei, früher oder später wird das Volk von Wien das letzte Wort sprechen. Täuschen Sie sich nicht, bei aller Einsicht in die Notwendigkeit einer vernünftigen Zusammenarbeit muß diese dort eine Grenze haben, wo die Ehre verletzt wird und die Diktatur einer Mehrheit an Stelle der Verhandlung und der Demokratie tritt. Bereinigen Sie den schweren Konflikt der auch innerhalb der Koa-

lition des Hauses aufgetreten ist noch heute!

Wir stehen auch weiterhin zum Volk, erklärte abschließend Vizebürgermeister Weinberger. Wenn Sie nach vier Wochen noch immer dort halten wo Sie gestern standen, dann werden wir weitere und darunter sehr ernste Konsequenzen ziehen. Nehmen Sie das nicht als Drohung aber als eine klare und verlässliche Feststellung. Stimmen Sie der Dringlichkeit unseres Antrages zu!

Bürgermeister Jonas weist darauf hin, daß Vizebürgermeister Weinberger die vorgeschriebene Redezeit von fünf Minuten überschritten und 14 Minuten gesprochen hat. Als Kontraredner habe sich GR. Sigmund gemeldet. Es werde sich wohl kein Einwand erheben, wenn auch der Redner der sozialistischen Fraktion eine gleich lange Redezeit in Anspruch nimmt.

GR. Sigmund (SPÖ) erwidert zunächst auf jenen Teil der Ausführungen des Vizebürgermeisters Weinberger, die er als keine Drohung, dafür aber als eine klare Feststellung bezeichnet hatte. Der Vorredner habe gemeint, es solle nicht wieder so werden, daß die eine Hälfte diktiert und die andere kuscht. Hiezu sei festzustellen: Es gibt keine Hälfte, die diktiert, und keine, die kuscht, sondern die Aufteilung der Mandate im Wiener Gemeinderat sieht ganz anders aus. Sie beträgt nicht 50 : 50, die Fraktion der ÖVP hat nur 35 Mandate, ist also von den 50 doch einiges entfernt.

Vizebürgermeister Weinberger habe es auch für notwendig gefunden, die Vorgänge in der letzten Gemeinderatsitzung so darzustellen, als ob die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates verhindert gewesen wären, sich eine Meinungsbildung zu verschaffen. Ich stelle fest, erklärt GR. Sigmund, daß ich in der letzten Sitzung Berichterstatter war und daß meine Berichterstattung darauf fußte, auf Grund von Mitteilungen und Unterlagen der Direktoren und des Generaldirektors der Stadtwerke und der einzelnen Betriebe die notwendigen Anträge zu stellen.

Wenn GR. Dr. Wollinger (ÖVP) den Ausspruch getan hat, es gehöre Mut dazu, in der Demokratie den anderen zuzuhören, dann muß ich sagen: Es gehört aber auch Mut dazu, als Minderheit die Willensäußerung der Mehrheit zu respektieren.

Es ist unzweifelhaft so, daß die Mehrheit des Hauses in einer regelrechten Diskussion und nachfolgenden Abstimmung positiv zu meinen damals gestellten Anträgen Stellung genommen hat und daß daher für meine Partei keine Notwendigkeit besteht, die damals ordnungsgemäß abgewickelten Anträge und durchgeführten Abstimmungen zu wiederholen. Das wird auch nicht dadurch besser, wenn die Mehrheit in einer klaren Abstimmung ihren Willen geäußert hat und die Minderheit dann versucht, durch Lärmen und Schlagen mit Pulten und Laden diese Abstimmung zu verhindern.

Herr Vizebürgermeister! Es wird Ihnen nicht gelingen, zumindest nicht den Anwesenden im Hause, die Dinge so darzustellen, als ob die Mehrheit die Minderheit vergewaltigt hätte, sondern wahr ist, daß die Minderheit versucht hat, durch Lärmen in diesem Hause die ordnungsgemäße Durchführung einer Abstimmung zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)

Wir haben in den damaligen Darlegungen versucht, sachlich zu beweisen, daß die Anträge der Direktoren, des Generaldirektors und dann meine Anträge wirtschaftlich begründet sind. Ich habe damals ausgeführt, daß die Differenzen zwischen Ihnen und uns darin bestehen, daß Sie feststehende wirtschaftliche Momente einfach anders auslegen. Sie haben viele Jahre lang in diesem Hause den Standpunkt vertreten, daß öffentliche Unternehmungen nicht besser behandelt werden sollen als Privatunternehmungen. Jetzt auf einmal, weil es Ihnen gefällt und in Ihr politisches Konzept paßt, wollen Sie für diese Unternehmungen Ausnahmen schaffen, die keineswegs mit der von Ihnen bisher vertretenen Ansicht übereinstimmen.

Der Redner erklärt namens der Sozialistischen Partei: Wir haben nicht die Absicht, für die Dringlichkeit des Antrages zu stimmen, aber noch weniger haben wir die Absicht, eine abgeschlossene Debatte neu zu eröffnen.

In diesem Zusammenhang gibt der Redner folgende Erklärung ab: Es ist seit langem der Wunsch der Arbeiterkammer und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, die Frage zu prüfen, inwieweit man von dem jetzigen Einheitstarif auf einen Zonentarif übergehen kann.

Es wird die im Herbst stattfindende Verkehrsenquete die Möglichkeit bieten, auch diesen Wunsch zu untersuchen, zu prüfen, um dann darüber Bericht zu erstatten. Wenn das ganze Problem des Wiener Verkehrswesens einschließlich seiner Tarif- und Preispolitik durchberaten sein wird, dann wird der Wiener Gemeinderat neuerlich dazu Stellung nehmen.

Abschließend stellt der Redner nochmals fest, die Sozialistische Partei habe nicht die Absicht, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, noch weniger aber die Absicht, eine neuerliche Diskussion über einen abgeschlossenen Tagesordnungspunkt zu eröffnen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung blieb der Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit mit den Stimmen der ÖVP und der VO in der Minderheit und war damit abgelehnt.

Der Bürgermeister gab bekannt, daß er den Antrag dem Magistrat zur weiteren Behandlung zuweisen werde.

Hierauf gelangte der Antrag der VO, betreffend Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. Juli 1955 zu Post 72, welcher die Erhöhung der Straßenbahntarife zum Gegenstand hatte, zur Beratung.

Zur Begründung der dringlichen Behandlung des Antrages wies GR. Dr. Soswinski (VO) darauf hin, daß die Bevölkerung Wiens, weit über die Arbeiter und Angestellten hinaus, seit dem Beschluß des Gemeinderates vom 22. Juli sehr deutlich gegen diese Tarifierhöhung Stellung genommen habe. Die Mehrheitspartei des Hauses wisse genau, daß ihre Argumente für die Notwendigkeit der Erhöhung unrichtig sind. Darum habe sie unter dem Deckmantel "amtlicher Mitteilungen" die Bevölkerung unrichtig informiert. Die Bevölkerung wisse, daß die Tarifierhöhung bei der Straßenbahn ein untragbarer und unhaltbarer Anschlag auf ihre Taschen darstelle. Die Tarifierhöhung sei auch ein Signal für die Hinaufnumerierung der Preise gewesen. Die Fraktion der VO habe in der letzten Gemeinderatsitzung klar nachgewiesen, daß die Stadtwerke kein Defizit haben. Die Gemeinde Wien habe in den letzten zehn Jahren aus den Stadtwerken 325 Millionen Schilling an Gebühren entnommen. Wenn man den Unternehmungen dieses Geld zurückgeben würde, müßte man sich die nächsten drei Jahre um diese Unternehmungen keine Sorge machen und man könnte beim bisherigen Fahrpreis bleiben.

Die Volksoption lasse sich nicht auf die Frage ein, ob der Beschluß des Gemeinderates gültig oder ungültig ist. Der Gemeinderat habe es in der Hand, heute diesen Beschluß aufzuheben und von der Erhöhung Abstand zu nehmen. Die arbeitende Bevölkerung erwartet, daß die Stadtverwaltung nicht gegen sie, sondern für sie arbeitet. Die Wiener wollen keine Tarifierhöhung, und die Gemeinde Wien braucht keine Tarifierhöhung.

Der Redner schließt: Stimmen Sie der dringlichen Behandlung des Antrages zu, dann kann noch in dieser Sitzung die beschlossene Erhöhung rückgängig gemacht werden.

Bei der Abstimmung bleibt der Antrag auf dringliche Behandlung mit den Stimmen der VO in der Minderheit und ist daher abgelehnt. Wie Bürgermeister Jonas mitteilt, wird der Antrag dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Schriftführer GR.Dr. Fiedler bringt hierauf einen Antrag der ÖVP zur Verlesung, betreffend die Überprüfung der Berechtigung erhöhter Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe durch ein neutrales Forum von Fachleuten.

Der Antrag bezweckt, mit der Überprüfung der Nichtberechtigung oder Berechtigung erhöhter Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe ein neutrales Forum zu betrauen, in dem neben den Vertretern der Kammer für Arbeiter und Angestellte, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und des Gewerkschaftsbundes auch betriebswirtschaftlich und finanziell versierte Experten der Hochschule für Welthandel, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung und der Österreichischen Nationalbank Sitz und Stimme haben müssen. Dieses Forum hätte innerhalb eines Zeitraumes von langstens sechs Wochen dem Bürgermeister, dem Stadtrat für Finanzen und dem Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen seine Stellungnahme zu dieser Angelegenheit schriftlich bekanntzugeben. Die geplante Tarifierhöhung bei den Wiener Verkehrsbetrieben soll nicht vor dem Vorliegen des verlangten Gutachtens und einer Beschlußfassung des Wiener Gemeinderates darüber durchgeführt werden.

In der Begründung des Antrages heißt es, daß sich im Gemeinderat zwei differente Auffassungen gegenüberstehen. Zur Begründung der Tarifierhöhung wurden bisher nur solche Argumente herangezogen, die eine wesentliche Einnahmenerhöhung als das alleinige Allheilmittel hinstellen. Dagegen wurde die Möglichkeit, Verteuerungen und Mindereinnahmen durch erhöhte Einnahmen infolge eines gesteigerten Absatzes von Strom und Gas, durch Einsparungen bei der Produktion von Strom und Gas und durch eine Umstellung der Investitionspolitik auszugleichen, überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Umso mehr muß ein neutrales Forum eingeschaltet werden, das unvoreingenommen, objektiv und sachlich seine Stellungnahme abgibt, die sodann mit ihrem ganzen Gewicht von den gewählten Vertretern bei einer neuerlichen Behandlung zu beachten ist.

Die bisherige Behandlung dieses Problems habe die Wiener Bevölkerung außerordentlich erregt. Sowohl Bundeskanzler Ing. Raab als auch die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien haben vor einer derartigen Maßnahme gewarnt, die alle bisherigen Opfer der Bevölkerung und alle Bemühungen der Bundesregierung um die Stabilität schwerstens gefährden, ja sogar zunichte machen könnten. Auch der Präsident des Österreicherischen Gewerkschaftsbundes habe in einem Artikel in der Tageszeitung "Die Presse" vom 22. Mai d.J. vor Preissteigerungen gewarnt und dabei ausdrücklich darauf verwiesen, daß vor allem gewisse Tendenzen zur Steigerung der Agrarpreise und öffentlichen Tarife energisch zurückgewiesen werden müssen."

Dkfm. Nathschläger habe in seiner Eigenschaft als Amtsführender Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen sowohl den Direktoren der Stadtwerke gegenüber als auch in Aussprache mit dem Bürgermeister und dem Stadtrat für das Finanzwesen sowie bei anderen Gelegenheiten festgestellt, daß irgendwelche Erhöhungen der Straßenbahntarife sachlich unbegründet und daher zu unterlassen seien.

Die Verantwortung der vom Volke gewählten Wiener Gemeinderäte, das Ansehen der Demokratie und das allgemeine Interesse lassen die von den Antragstellern geforderte sachliche Überprüfung als unerlässlich erscheinen.

Der Bürgermeister gibt bekannt, daß der Antrag dem Gemeinderatsausschuß XII zugewiesen wird.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Bürgermeister Jonas schließt die Sitzung um 15.55 Uhr.

- - -

Blumen in der Volkshalle

=====

2. August (RK) Heute nachmittag wurde in der Volkshalle des Wiener Rathauses in Anwesenheit von Bürgermeister Jonas die Jubiläumsblumenausstellung der Bundesfachsektion "Blumen und Zierpflanzenbau" des Bundesverbandes der Erwerbsgärtner Österreichs eröffnet, die im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer von Niederösterreich und Wien eingerichtet wurde. Die Ausstellung ist unter dem Titel "Ein Fest der Blumen" in der Zeit vom 2. bis 7. August, täglich von 10 bis 22 Uhr, zugänglich. Die Wiener Berufsgärtner wollen mit der Ausstellung einen Überblick über ihre Arbeit geben und gleichzeitig den Besuchern Anregungen geben. Die Stadt Wien hat als Ehrenpreis einen kunstvollen Glaspokal gestiftet.

- - -

Für Stadtgas braucht man Kohle!

Eine Feststellung der Wiener Gaswerke

2. August (RK) In der "Österreichischen Neuen Tageszeitung" ist ein Artikel mit der Überschrift "Gaskrieg in der Stadt Baden" erschienen, zu dem die Wiener Stadtwerke-Gaswerke folgendermaßen Stellung nehmen:

Es ist unrichtig, daß man aus einem Kubikmeter Erdgas zwei Kubikmeter Stadtgas erzeugen kann. Das in den Wiener Gaswerken aus Erdgas durch katalytische Methanspaltung mit Hilfe von Luft erzeugte sogenannte Spaltgas gestattet es nämlich nicht, in Vermischung mit Erdgas allein ein normgerechtes Stadtgas zu erzeugen. Es wäre nicht möglich, dieses Gasgemisch in den auf eine bestimmte Stadtgasqualität eingerichteten Gasgeräten der Wiener Verbraucher zu verbrennen. Die Wiener Gaswerke müssen zur Herstellung des Stadtgases ganz beträchtliche Mengen Kohlengas erzeugen, außerdem wird Koksgeneratorgas zugemischt. Der aus dem Erdgas stammende Anteil an Stadtgas betrug zum Beispiel im Jahre 1954 rund 30 Prozent, für die Herstellung der übrigen Gas-Komponenten muß Kohle und Koks verbraucht werden.

Die in dem Artikel gebrachte Berechnung über die Kosten der Stadtgasherstellung ist daher absolut falsch und irreführend, da der Aufwand an Kohle völlig übersehen wurde. Wenn man **ferner** bedenkt daß die Kohlenkosten im Jahre 1954 im Vergleich zum Jahre 1937 das 18fache betragen haben, im Laufe des Jahres um zehn Prozent erhöht wurden und im weiteren Steigen begriffen sind, wird es verständlich, welchen Einfluß die Entwicklung der Kohlenpreise auf die Gasgestehungskosten hat.

Umso bemerkenswerter ist es, daß der Preis für Wiener Stadtgas gegenwärtig gegenüber der Vorkriegszeit nur auf das 3.8fache gestiegen ist und nach dem Wegfall der Grundgebühr nur das 3.6fache der Vorkriegszeit betragen wird. Die Preise des Wiener Stadtgases sind auch - wie aus einer Aufstellung der Internationalen Gasunion hervorgeht - von allen europäischen Hauptstädten am niedrigsten.

Die Wiener Gaswerke haben der Stadt Baden großzügigerweise das Anbot gemacht, der Badener Bevölkerung die gleichen Gaspreise zu verrechnen, wie sie in Wien gelten. Die Badener Gaskonsumenten würden also den Vorteil des niedrigsten Gaspreises beim Entfallen jeglicher Grundgebühr haben.

- - -